

R

- Rechtskraft:**
Beschränkung der - bei verdeckter Teilklage auf den geltend gemachten Anspruchsteil 178
- Rechtsschutzinteresse:**
- für Klage von Aufsichtsratsmitgliedern auf Feststellung der Nichtigkeit von Aufsichtsratsbeschlüssen 244
- Registerrecht:**
Rechtsbeeinträchtigung eines außenstehenden Aktionärs, wenn ihm die Möglichkeit genommen wird, eine registergerichtliche Entscheidung im Wege der Beschwerde überprüfen zu lassen 107
- Revisionszulassung:**
Zulässigkeit der Beschränkung auf die Frage des Mitverschuldens bei Zulässigkeit eines Grundurteils unter Ausklammerung des Mitverschuldens 237
Zulässigkeit der Beschränkung auf einen Teil des Gesamtstreitstoffs, der Gegenstand eines Teilurteils sein kann 294
- Rückgriffsanspruch:**
- des Bundes gegen den Träger der Beschäftigungsstelle bei einer Zivildienstbeschädigung 341
Begrenzung des -s auf den Verantwortungsbereich der Beschäftigungsstelle 341
im Umfang des Mitverschuldens des Zivildienstleistenden besteht kein - des Bundes 341
- Rückwirkung:**
echte, verfassungsrechtlich unbedenkliche - von Gesetzen liegt bei Eingriff in der Vergangenheit angehörende Tatbestände vor 214
unechte - von Gesetzen ist zulässig, wenn die verfolgten Interessen der Allgemeinheit das Vertrauen des einzelnen in den Fortbestand der Rechtslage überwiegen 215

S

- Schaden:**
- i.S. von § 116 Abs. 2 SGB X ist der gesamte - des Geschädigten 170
- Schadenersatzanspruch:**
Auswirkungen des Quotenvorrechts des Geschädigten nach § 116 Abs. 2 SGB X auf Übergang des -s auf Sozialversicherungsträger 173
- Scheck:**
die Verlagerung des Fälschungs- und Mißbrauchsrisikos auf den Kunden ohne Rücksicht auf ein Verschulden verstößt auch bei Kaufleuten gegen § 9 AGBG 116
Fälschungsrisiko trägt nach dem Gesetz die bezogene Bank 118
- Scheckauskunft:**
Abgrenzung zur Scheckgarantie 315
- Scheckbedingungen 1989:**
Nr. 11 - verstößt gegen § 9 AGBG 116
- Scheckeinlösung:**
- mit der Bezahlmeldung der bezogenen Bank 307
- nach den AGB-Sparkassen 311
- Scheckgarantie:**
- begründet Pflicht, für die Bezahlung eines Schecks einzustehen 315
- Scheckinkasso:**
Wissenszurechnung bei Kreditinstituten bei der Hereinnahme entwendeter disparischer Schecks zur Einziehung 202
Rückgängigmachung einer Vorbehaltsgutschrift, wenn Inkassobank den Betrag aus dem Einzugsauftrag nicht erhält 307
Wirksamkeit von Nr. 9 Abs. 1 Satz 4 AGB-Banken über die Rückgängigmachung einer Vorbehaltsgutschrift 307
Anspruch des Einreichers auf Gutschrift mit Erlangung der Schecksumme durch die Inkassobank. 314

- Wertstellung von Vorbehaltsgut-
schriften aus Schecks erst drei bzw.
fünf Bankarbeitstage nach der Bu-
chung ist zulässig 316
- Scheckvertrag:**
Verpflichtung zur sorgfältigen Auf-
bewahrung von Schecks und
Scheckvordrucken 123
- Schütt aus - Hol zurück-Verfahren:**
Voraussetzungen der Eintragung ein-
er Kapitalerhöhung im - 381
keine Anwendung der Grundsätze
über die verdeckte Sacheinlage auf
offengelegtes - 381
sinngemäße Anwendung der
Grundsätze über die Kapitalerhö-
hung aus Gesellschaftsmitteln auf
offengelegtes - 384
- Schuldbeitritt:**
Voraussetzungen der Sittenwidrig-
keit der Mithaftung eines Ehegatten
für ein öffentlich gefördertes Eigen-
kapitalhilfedarlehen 66
- Sequestrationsbeschluß:**
- führt nicht zur Unwirksamkeit der
Pfändung künftiger Ansprüche aus
einem Kontokorrentverhältnis .. 140
- führt nicht zur Unwirksamkeit
von Vorausverfügungen 146
- Sittenwidrigkeit:**
Voraussetzungen der - der Mithaf-
tung eines finanziell überforderten
Ehegatten für ein öffentlich ge-
fördertes Eigenkapitalhilfedarlehen
..... 66
Durchsetzung des deutschen ordre
public nur über Art. 6 EGBGB,
nicht über § 138 BGB 124
- Sozialgesetzbuch:**
Schaden i.S. von § 116 Abs. 2 SGB X
ist der gesamte Schaden des Geschä-
digten 170
- Sozialversicherungsträger:**
Auswirkungen des Quotenvorrechts
des Geschädigten nach § 116 Abs. 2
SGB X auf Forderungsübergang auf
- 173
- Sphärenhaftung:**
eine verschuldensunabhängige -
kennt des BGB nur in besonders
geregelten Ausnahmefällen 118
- Spruchstellenverfahren:**
Auswirkungen der Beendigung eines
Unternehmensvertrages während
des -s auf den Abfindungsanspruch
außenstehender Aktionäre 374
- Staatshaftung:**
Verfassungsmäßigkeit des Aus-
schlusses der - für Fehlverhalten von
Notaren 356
- Standesrichtlinien:**
- der Wirtschaftsprüfer als Erkennt-
nisquelle 265
- Steuerberater:**
Grenzen der Zulässigkeit der Steuer-
beratungstätigkeit eines Abschluß-
prüfers 262

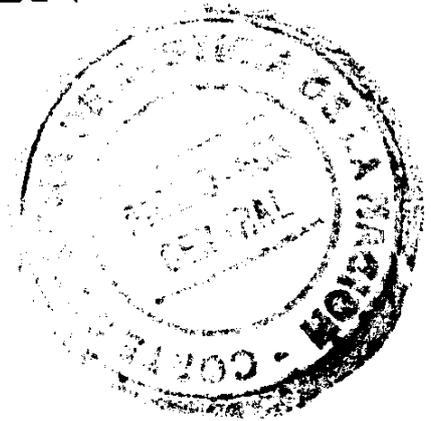
T

- Tankstelle:**
Ansprüche des Eigentümers wegen
Veränderungen eines untervermieteten
-grundstücks verjähren nach
§ 558 BGB 152
- Teilklage:**
Beschränkung der Rechtskraft bei
verdeckter - auf den geltend ge-
machten Anspruchsteil 178
- Teilleistung:**
Auswirkungen des Erfüllungsver-
langens eines Konkursverwalters
nach Erbringung einer - aufgrund
eines gegenseitigen Vertrages 26
- Teilzeitwohnrecht:**
Vertrag über Erwerb eines schuld-
rechtlichen -s ist kein Vertrag über
eine Dienstleistung i.S. von Art. 29
EGBGB 124
- Tennisplatz:**
Beeinträchtigung durch Wurzel-
wachstum von Bäumen auf Nach-
bargrundstück 235

ENTSCHEIDUNGEN
DES BUNDESGERICHTSHOFES
IN ZIVILSACHEN

BGHZ

135. BAND



1998

CARL HEYMANNS VERLAG KG
KÖLN · BERLIN

- Körperschaft öffentlichen Rechts als beherrschendes Unternehmen im konzernrechtlichen Sinne 107
- Kopiergeräte:**
Verpflichtung zur Zahlung einer Betreibervergütung nach § 54 UrhG a.F. durch gewerbliches Unternehmen 1
- Kraftfahrzeugvertrags Händler**
Ausgleichsanspruch eines -s nach § 89b HGB kann auch Berücksichtigung von Erstkunden erfordern 14
Methoden zur Berechnung des relevanten Stammkundenumsatzes ... 22
- Kündigungsschutz:**
Kündigung des Mietverhältnisses gegenüber Erben des Mieters setzt ein berechtigtes Interesse des Vermieters an der Beendigung des Mietverhältnisses voraus 86
- L**
- Landwirtschaftsverfahrensgesetz:**
Zulässigkeit der Beschränkung der Rechtsbeschwerde auf einen Teil des Gesamtstreitstoffs 294
Zulässigkeit einer Vorabentscheidung über den Grund eines auch der Höhe nach streitigen Zahlungsanspruchs 294
- M**
- Markengesetz:**
Voraussetzungen für Unverhältnismäßigkeit der Vernichtung widerrechtlich gekennzeichnete Waren 183
Anspruch auf Vernichtung widerrechtlich gekennzeichnete Waren kann Anspruch auf Herausgabe zum Zwecke der Vernichtung einschließen 183
Werktitelschutz für Computerprogramm trotz Möglichkeit eines Markenschutzes 278
- Miete:**
Kündigung des Mietverhältnisses gegenüber Erben des Mieters setzt ein berechtigtes Interesse des Vermieters an der Beendigung des Mietverhältnisses voraus 86
Ansprüche des Eigentümers wegen Veränderungen eines untervermieteten Tankstellengrundstücks verjähren nach § 558 BGB 152
keine Anwendbarkeit des § 4a WoVermittlG bei Zahlung an bisherigen Mieter für übernommene Sachen und für Renovierungsarbeiten 269
Anwendung des § 4a WoVermittlG bei Zahlung an bisherigen Mieter für andere Leistungen als die Überlassung von Einrichtungen und Inventar 269
auffälliges Mißverhältnisses nach § 4a WoVermittlG bei Überteuierung um mehr als 50 % 269
Teilunwirksamkeit der Vereinbarung eines überhöhten Entgelts nach § 4a WoVermittlG 269
Kriterien für Wohnraummietverhältnis 272
- Milchaufgabevergütung:**
Herausgabe einer vom Pächter erlangten - bei Beendigung der Pacht an den Verpächter 284
Anspruch des Verpächters auf Herausgabe einer - verjährt in sechs Monaten ab Rückgabe der Pacht-sache 284
- Milchreferenzmenge:**
Übergang der - bei Pachtende auf den Verpächter 286, 297
Veräußerung einer zum Hof gehörenden - führt zur Nachabfindungspflicht des Hoferben 292

Mitbestimmungsgesetz:

Informationsrecht des Gesellschafters einer mitbestimmten GmbH erstreckt sich auch für die Protokolle des Aufsichtsrats 48

Mithaftung:

Voraussetzungen der Sittenwidrigkeit der - eines Ehegatten für ein öffentlich gefördertes Eigenkapitalhilfedarlehen 66

Mitverschulden:

entsprechende Anwendung des § 254 BGB auf Beseitigungsanspruch nach § 1004 BGB 235

Beteiligung des mitschuldigen Eigentümers in Höhe einer Haftungsquote an den Beseitigungskosten 235

- des Eigentümers einer Ackerfläche beim Bau eines Tennisplatzes neben einer Pappelreihe auf dem Nachbargrundstück 235

Zulässigkeit eines Grundurteils unter Ausklammerung des -s 237

- als Verletzung einer sich selbst gegenüber bestehenden Obliegenheit 240

Unterlassung der Geltendmachung eines Abwehranspruchs nach § 1004 BGB als - 243

im Umfang des -s des Zivildienstleistenden besteht kein Rückgriffsanspruch des Bundes gegen die Beschäftigungsstelle 341

Amtspflichtverletzung durch abredewidrige Geldverwendung ... 356

Verfassungsmäßigkeit des Ausschlusses einer Haftung des Staates für Fehlverhalten eines -s 356

Voraussetzungen für Einleitung eines Amtsenthebungsverfahrens. 364

Notaraufsicht:

Haftung der -sbehörde gegenüber dem durch einen ungetreuen Notar Geschädigten 354

- begründet grundsätzlich keine Amtspflichten gegenüber Dritten

..... 358

Pflicht zur Einleitung eines Amtsenthebungsverfahrens gegen einen Notar dient auch dem Interesse der Rechtssuchenden 358

Wissenszurechnung im Bereich der - 360

Grenzen der - 363

Voraussetzungen für Einleitung eines Amtsenthebungsverfahrens. 364

Notarprüfung:

Umfang der - 360

Fehlverhalten des Prüfungsbeauftragten als Grundlage für Amtshaftungsanspruch 361

N**Nachbargrundstück:**

Beeinträchtigung durch Wurzelwachstum von Bäumen 235

»NJW auf CD-ROM« 74

Notar:

Vertrauensschadensversicherung als anderweitige Ersatzmöglichkeit i.S. von § 839 Abs. 1 Satz 2 BGB . 354

O**öffentlicher Dienst:**

Zusatzversorgung von Angestellten im - nach Privatisierung der Arbeitgeberin 333

ordre public:

Durchsetzung des deutschen - nur über Art. 6 EGBGB, nicht über § 138 BGB 124

Forderungsübergang:

Auswirkungen des Quotenvorrechts des Geschädigten nach § 116 Abs. 2 SGB X auf – auf Sozialversicherungsträger 173

Freiwillige Gerichtsbarkeit:

Beschwerdeberechtigung eines außenstehenden Aktionärs, wenn ihm die Möglichkeit genommen wird, eine registergerichtliche Entscheidung überprüfen zu lassen 107
keine Erstreckung des Verfahrens auf weitere Beteiligte nach Einlegung der weiteren sofortigen Beschwerde 108
Befugnis eines Aktionärs, die Bestellung eines Sonderprüfers zu beantragen, als Recht i.S. von § 20 FGG 109

G

Gasversorgungsunternehmen s. Erdgasversorgungsunternehmen

Gebrauchsmusterlöschungsverfahren:

entsprechende Anwendung der zivilprozessualen Grundsätze über die Erledigung der Hauptsache im – 58
strenge Anforderungen an die Bestimmtheit einer Widerspruchsrücknahmeerklärung durch den Gebrauchsmusterinhaber 58
Einreichung neuer Ansprüche im – stellt keine teilweise Rücknahme des Widerspruchs dar 64

Gebrauchtwagen:

PS-Zahl als zugesicherte Eigenschaft beim -kauf 393

Gesamtvollstreckung:

Vertragspartner des Gemeinschuldners ist nach Teilerbringung seiner Leistung auch bei Erfüllungswahl des Verwalters mit seinem Vergütungsanspruch für die Teilleistung Gesamtvollstreckungsgläubiger ... 25

Aufrechnung in der – ist nur zulässig, wenn die Aufrechnungslage schon bei Verfahrenseröffnung in der Person des Aufrechnenden bestand 30
auf Aufrechnungen in der – ist § 55 Nr. 3 KO entsprechend anzuwenden 30
Kenntnis i.S. von § 55 Nr. 3 KO muß der Verwalter beweisen 30

Geschäftsbedingungen:

die Verlagerung des Fälschungs- und Mißbrauchsrisikos ohne Rücksicht auf Kundenverschulden in den Scheckbedingungen 1989 verstößt gegen § 9 AGBG 116
der Grundsatz der Verschuldenshaftung gehört zu den wesentlichen Grundlagen des Haftungsrechts 121
Wirksamkeit von Nr. 9 Abs. 1 Satz 4 AGB-Banken über die Rückgängigmachung einer Vorbehaltsgutschrift aus einem zur Einziehung hereingenommenen Scheck 307
Wertstellung eingehender Überweisungsaufträge erst einen Bankarbeitstag nach Eingang ist unzulässig 316
Wertstellung von Vorbehaltsgutschriften aus Schecks erst drei bzw. fünf Bankarbeitstage nach der Buchung ist zulässig 316

Geschäftsgrundlage:

Anwendung der Grundsätze über den Wegfall der – auch bei Einwirkung einer Partei auf den Vertrag 338
Definition der Geschäftsgrundlage 338
Rechtsfolgen eines Wegfalls der Geschäftsgrundlage 339

Gesellschaft:

Passivlegitimation der GmbH für Informationsanspruch des Gesellschafters 51
Unzulässigkeit des Zusatzes »und Partner« bei anderen –en als Partnerschaften 257

P

Pacht:

- Ansprüche des Eigentümers wegen Veränderungen eines unterverpachteten Tankstellengrundstücks verjähren nach § 558 BGB 152
- Herausgabe einer vom Pächter erlangten Milchaufgabevergütung bei Beendigung der – an den Verpächter 284
- Anspruch des Verpächters auf Herausgabe einer Milchaufgabevergütung verjährt in sechs Monaten ab Rückgabe der -sache 284
- Übergang der Milchreferenzmenge bei Beendigung der – auf den Verpächter 286
- Verschlechterung der -sache durch unerlaubte Nutzungsänderung . 290

Partnerschaft:

- Unzulässigkeit des Zusatzes »und Partner« bei anderen Gesellschaften als -en 257

Patent:

- Zulässigkeit von Versuchen zur Beseitigung einer Unsicherheit über die Wirkungen und die Verträglichkeit eines Arzneimittel-Wirkstoffes auch bei gewerblicher Versuchsausrichtung 217
- Unzulässigkeit von Versuchen ohne Bezug zur technischen Lehre bei Arzneimitteln 217
- Unzulässigkeit von Erprobungen in einem vom Versuchszweck nicht gerechtfertigten großen Umfang .. 217
- Unzulässigkeit von Versuchen in der Absicht der Störung oder Behinderung des Arzneimittelabsatzes 217
- Auslegung des Versuchsprivilegs nach § 11 Nr. 2 PatG 1981 bei Arzneimitteln 223
- Zulässigkeit von Versuchen zur Gewinnung von Daten für die arzneimittelrechtliche Zulassung 225
- keine qualitative oder quantitative

- Beschränkung der Versuchshandlungen nach § 11 Nr. 2 PatG 1981 226
- keine Beschränkung von Art. 31b) GPÜ auf nichtgewerbliche Versuchshandlungen 228
- Gründe für die Verleihung des -schutzes 229
- keine Inanspruchnahme der Priorität einer früheren Anmeldung durch Nachanmelder nach Rücknahme der Patentanmeldung ohne Einspruchsverfahren 298
- Gründe für den Widerruf eines -s 369

Pfändung:

- Wirksamkeit der - künftiger Ansprüche auch insoweit, als ein Gut haben nach Erlaß eines Sequestrationsbeschlusses gepfändet ist ... 140
- »Polyäthylenfilamente« 369

Positive Vertragsverletzung:

- Verletzung der Fürsorgepflicht für und der Dienstaufsicht über einen Zivildienstleistenden als - eines verwaltungsrechtlichen Schuldverhältnisses 341
- »PowerPoint« 278

Preisbindung:

- der CD-Rom-Version einer Fachzeitschrift ist zulässig 74

PS-Zahl:

- als zugesicherte Eigenschaft beim Gebrauchtwagenkauf 393

Q

Quotenvorrecht:

- keine Beschränkung -s des Geschädigten nach § 116 Abs. 2 SGB X bei höhenmäßiger Begrenzung der Schadensersatzhaftung 173

- Voraussetzungen der Eintragung einer Kapitalerhöhung im »Schütt aus - Hol zurück«-Verfahren 381
keine Anwendung der Grundsätze über die verdeckte Sacheinlage auf offengelegtes »Schütt aus - Hol zurück«-Verfahren 381
sinngemäße Anwendung der Grundsätze über die Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln auf offengelegtes »Schütt aus - Hol zurück«-Verfahren 384
Zulässigkeit des Abfindungsausschlusses bei - mit ideellen Zwecken 387
- Gesellschafter:**
Informationsrecht des -s einer mitbestimmten GmbH erstreckt sich auch auf Protokolle des Aufsichtsrats 48
Beschränkung des Informationsrechts des Aktionärs auf sein Frage-recht in der Hauptversammlung 54
- Gesellschaftsvertrag:**
ergänzende Auslegung eines -es 391
- Giroverhältnis:**
Wirksamkeit der Pfändung künftiger Aktivsalden auch insoweit, als ein nach Erlaß eines Veräußerungsverbots entstehendes Guthaben gepfändet ist 140
Einlösung eines Schecks durch die Bezahlmeldung der bezogenen Bank 307
Rückgängigmachung einer Vorbehaltsgutschrift aus einem einzuziehenden Scheck 307
Einlösung eines Schecks nach den AGB-Sparkassen 311
Wertstellung eingehender Überweisungsaufträge erst einen Bankarbeitstag nach Eingang ist unzulässig 316
Wertstellung von Vorbehaltsgutschriften aus Schecks erst drei bzw. fünf Bankarbeitstage nach der Buchung ist zulässig 316
- Gleichheitsgrundsatz:** § 54 Abs. 2 Satz 2 UrhG verletzt - nicht 13
- GmbH:**
Passivlegitimation der - für Informationsanspruch des Gesellschafters 51
Voraussetzungen der Eintragung einer Kapitalerhöhung im »Schütt aus -Hol zurück«-Verfahren 381
keine Anwendung der Grundsätze über die verdeckte Sacheinlage auf offengelegtes »Schütt aus - Hol zurück«-Verfahren 381
sinngemäße Anwendung der Grundsätze über die Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln auf offengelegtes »Schütt aus - Hol zurück«-Verfahren 384
- Grundstückseigentum:**
Anspruch auf Beseitigung vom Nachbargrundstück eindringender Baumwurzeln 238
- Grundstückskaufvertrag:**
Verpflichtung zur Rückübertragung eines zur Abwendung der Enteignung veräußerten Grundstücks nach Wegfall des Enteignungszwecks an den Verkäufer 92
Geltendmachung des Rückübertragungsanspruchs binnen zwei Jahren ab Kenntnis von der Aufgabe des Enteignungszwecks 92
Obliegenheit der enteignenden Körperschaft zur Unterrichtung des Enteigneten von der Aufgabe des Enteignungszwecks 102
- Grundurteil:**
Zulässigkeit der Ausklammerung des Mitverschuldens 237
- H**
- Haftungsrecht:**
der Grundsatz der Verschuldenshaftung gehört zu den wesentlichen Grundlagen des -s 121

- keine Anwendung der Grundsätze über die verdeckte Sacheinlage auf offengelegtes »Schütt aus - Hol zurück«-Verfahren 381
 sinngemäße Anwendung der Grundsätze über die - aus Gesellschaftsmitteln auf offengelegtes »Schütt aus - Hol zurück«-Verfahren 384
- Kartellrecht:**
 für Text-CD-Rom einer Fachzeitschrift gilt das Preisbindungsprivileg des § 16 GWB 74
 Preismißbrauch eines Erdgasversorgungsunternehmens 323
 Mißbrauchsaufsicht nach § 103 Abs. 5 GWB bei Versorgungsunternehmen erfordert keine marktbeherrschende Stellung des Unternehmens 327
 Zulässigkeit der Festlegung einer Preisobergrenze als Mißbrauchsgrenze 332
- »Kasse gegen Dokumente«
 Vereinbarung - begründet für Schuldner keinen über § 407 BGB hinausgehenden Vertrauensschutz 39
 Bedeutung der Klausel - 46
- Kaufrecht:**
 Anspruch auf Herausgabe des Fehlersurrogats verjährt nach § 477 BGB 290
- Kaufvertrag:**
 Vertrag über den Erwerb eines schuldrechtlichen Teilzeitwohnrechts ist kein Vertrag über eine Dienstleistung i.S. von Art. 29 EGBGB 124
 PS-Zahl als zugesicherte Eigenschaft beim Gebrauchtwagenkauf 393
- Kausalität:**
 Beweiserleichterungen bei haftungsausfüllender - 365
- Klageantrag:**
 Anforderungen an Bestimmtheit eines -es auf Auskunftserteilung ... 6
- Hinweispflicht des Gerichts bei Unbestimmtheit eines -es 8
- »Klinische Versuche II« 217
- Konkurs:**
 Vertragspartner des Gemeinschuldners ist nach teilweiser Erbringung einer Leistung auch bei Erfüllungswahl des Verwalters mit seinem Vergütungsanspruch für die Teilleistung -gläubiger 25
 Bestehen der Aufrechnungslage bereits bei -eröffnung muß der Aufrechnende beweisen 30
 Kenntnis i.S. von § 55 Nr. 3 KO muß der Verwalter beweisen 30
- Konkursanfechtung:**
 besondere Geltendmachung oder Erklärung der - ist neben Stellung eines gehörigen Klageantrags nicht erforderlich 140
- Konkurseröffnung:**
 Erfüllungsansprüche aus noch nicht erfüllten gegenseitigen Verträgen erlöschen mit - 26
 Vorausverfügungen werden unwirksam, soweit der Verfügungsgegenstand noch zum Vermögen des Gemeinschuldners gehört 145
- Kontokorrentverhältnis:**
 Wirksamkeit der Pfändung künftiger Aktivsalden auch insoweit, als ein nach Erlaß eines Veräußerungsverbots entstehendes Guthaben gepfändet ist 140
 Wertstellung eingehender Überweisungsaufträge erst einen Bankarbeitstag nach Eingang ist unzulässig 316
 Wertstellung von Vorbehaltsgutschriften aus Schecks erst drei bzw. fünf Bankarbeitstage nach der Buchung ist zulässig 316
- Konzernrecht:**
 Verpflichtung zur Aufstellung eines Abhängigkeitsberichts entfällt nicht mit Feststellung des Jahresabschlusses 107

Handelsklausel

Zahlungsklausel »Kasse gegen Dokumente« begründet für Schuldner keinen über § 407 BGB hinausgehenden Vertrauensschutz 39
Bedeutung der - »Kasse gegen Dokumente« 46

Handelsvertreter

Ausgleichsanspruch eines -s nach § 89b HGB kann bei langlebigen Wirtschaftsgütern auch Berücksichtigung von Erstkunden erfordern 14
Methoden zur Ermittlung des relevanten Stammkundenumsatzes ... 22

Hauptversammlung:

Recht der - einer Aktiengesellschaft, die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen gegen den Vorstand zu beschließen 245
Anfechtung von -sbeschlüssen . 249

Haustürwiderrufsgesetz:

keine Sonderanknüpfung des -es über Art. 34 EGBGB bei fehlendem Inlandsbezug 124

Hinweispflicht

- des Gerichts bei Unbestimmtheit eines Klageantrages 8

Höferecht:

Nachabfindungspflicht des Hof-erben bei Veräußerung des zum Hof gehörenden Milchkontingents 292

I**Inkassodokumente:**

- sind keine Wertpapiere 46

Internationales Privatrecht:

Vertrag über Erwerb eines schuldrechtlichen Teilzeitwohnrechts ist kein Vertrag über eine Dienstleistung i.S. von Art. 29 EGBGB 124
Bedeutung des Begriffs »Entgegennahme« in Art. 29 Abs. 1 Nr. 2 EGBGB 124

keine entsprechende Anwendung des Art. 29 Abs. 1 EGBGB auf andere Vertragstypen oder bei fehlendem Inlandsbezug 124
entsprechende Anwendung des Art. 29 Abs. 1 EGBGB nur unter Berücksichtigung der Wertungen in den anderen Vertragsstaaten des Übereinkommens über vertragliche Schuldverhältnisse 124
keine Sonderanknüpfung des Haustürwiderrufsgesetzes über Art. 34 EGBGB bei fehlendem Inlandsbezug 124
Art. 31 EGBGB regelt nur das Vorliegen einer Willenserklärung, nicht deren Wirksamkeit 124
Durchsetzung des deutschen ordre public nur über Art. 6 EGBGB, nicht über § 138 BGB 124

Interlokales Privatrecht:

Verjährung der Haftung von DDR-Spitzeln und Denunzianten aus unerlaubter Handlung 158
Rechtsverfolgung von DDR-Denunziationen bei Aufenthalt beider Parteien in der Bundesrepublik 158
Vaterschaftsfeststellungsklage eines in der DDR geborenen volljährigen Kindes 209

J

Jahresabschlußprüfung s. Abschlußprüfung

K**Kapitalerhöhung:**

Voraussetzungen der Eintragung einer - im »Schütt aus - Hol zurück«-Verfahren 381

D

Darlehen:

Voraussetzungen der Sittenwidrigkeit der Mithaftung eines Ehegatten für ein öffentlich gefördertes Eigenkapitalhilfe- 66

DDR:

Verjährung der Haftung von Spitzeln und Denunzianten 158

keine Unmöglichkeit der Rechtsverfolgung von Denunziationen bei Aufenthalt beider Parteien in der Bundesrepublik 158

Voraussetzungen der Verjährungsdurchbrechung nach § 472 ZGB 158

DDR-Familienrecht:

Vaterschaftsfeststellungsklage eines in der DDR geborenen volljährigen Kindes trotz Ablaufs der Klagefrist vor dem Beitritt 209

Denunziation:

Verjährung der Haftung von DDR-Spitzeln und Denunzianten 158

keine Unmöglichkeit der Rechtsverfolgung von -en bei Aufenthalt beider Parteien in der Bundesrepublik 158

»Drahtbiegemaschine« 298

ab Kenntnis von der Aufgabe des -szwecks 92

Obliegenheit der enteignenden Körperschaft zur Unterrichtung des Enteigneten von der Aufgabe des -szwecks 102

Enteignungsentschädigung:

- für die Änderung oder Aufhebung der zulässigen baulichen Nutzung eines Grundstücks 199

Erdgasversorgungsunternehmen:

Preismißbrauch eines -s durch Überschreitung des Tarifgestaltungsfreiraums 328

Erfüllungsverlangen:

Auswirkungen des -s eines Konkursverwalters nach Erbringung einer Teilleistung aufgrund eines gegenseitigen Vertrages 26

Erledigung der Hauptsache:

entsprechende Anwendung der Grundsätze im Gebrauchsmusterlöschungsverfahren 58

Erschließungslast:

Verdichtung der - einer Gemeinde zur Erschließungspflicht gegenüber bauwilligen Grundstückseigentümern bei zumutbarem Angebot eines Dritten, die Erschließung selbst herbeizuführen 197

E

Eigenschaftszusicherung:

PS-Zahl als zugesicherte Eigenschaft beim Gebrauchtwagenkauf 393

Voraussetzungen der - 396

»Einkaufswagen« 59

Enteignung:

Verpflichtung zur Rückübertragung eines zur Abwendung der - veräußerten Grundstücks nach Wegfall des -szwecks an den Verkäufer .. 92

Geltendmachung des Rückübertragungsanspruchs binnen zwei Jahren

F

Feststellungsantrag:

Zulässigkeit eines -s trotz Erledigung einer kartellrechtlichen Preismißbrauchsverfügung 326

Feststellungsinteresse:

- für Klage von Aufsichtsratsmitgliedern auf Feststellung der Nichtigkeit von Aufsichtsratsbeschlüssen 244

Firma:

Unzulässigkeit des Zusatzes »und Partner« bei anderen Gesellschaften als Partnerschaften 257

- ters einer mitbestimmten GmbH
umfaßt die - 48
- Ausgleichsanspruch:**
- eines Kfz-Vertragshändlers nach
§ 89b HGB kann auch Berücksich-
tigung von Erstkunden erfordern
..... 14
- Methoden zur Ermittlung des rele-
vanten Stammkundenumsatzes ... 22
- Auskunft:**
Haftung für unrichtige - auf das
negative Interesse 315
- Auskunftsanspruch:**
- zur Vorbereitung eines Zahlungs-
anspruchs nach § 54 UrhG a.F. .. 1
- Auslegung:**
Voraussetzungen der Nachprüfung
einer tatrichterlichen - von Indivi-
dualvereinbarungen durch das Revi-
sionsgericht 273

B

- Baugrundstück:**
keine Entschädigungspflicht nach
§ 42 BauGB bei Umplanung, durch
die an die Stelle öffentlicher Er-
schließungsanlagen gleichartige pri-
vate treten 192
- Bebauungsplanänderung:**
keine Entschädigungspflicht nach
§ 42 BauGB bei Umplanung, durch
die an die Stelle öffentlicher Er-
schließungsanlagen gleichartige pri-
vate treten 192
- Beschwerde:**
keine Erstreckung des Verfahrens
auf weitere Beteiligte nach Einle-
gung der weiteren sofortigen FGG-
..... 108
- Beschwerdeberechtigung:**
- eines außenstehenden Aktionärs,
wenn ihm die Möglichkeit genom-
men wird, eine registergerichtliche

Entscheidung überprüfen zu lassen
..... 107

Beseitigungsanspruch:

entsprechende Anwendung des
§ 254 BGB auf - nach § 1004 BGB
..... 235

Beteiligung des beeinträchtigten Ei-
gentümers an den Beseitigungs-
kosten nach § 254 BGB 235

- umfaßt Beseitigung der Störung
und Wiederherstellung des Zustan-
des ohne die Störung 238

Unterlassung der Geltendmachung
eines Abwehranspruchs nach § 1004
BGB 243

Betreibervergütung:

bei Kopiergeräten im Bereich der
gewerblichen Wirtschaft 1

Beweislast:

Kenntnis i.S. von § 55 Nr. 3 KO
muß der Verwalter beweisen 30

Bestehen der Aufrechnungslage be-
reits bei Konkurseröffnung muß der
Aufrechnende beweisen 30

Bezahlmeldung:

Einlösung eines Schecks durch die -
der bezogenen Bank 307

Bilanz:

Verhältnis zwischen Handels- und
Steuer- 266

C

Computerprogramm:

Werktitelschutz für - trotz Möglich-
keit eines Markenschutzes 278

CD-Rom:

Text- einer Fachzeitschrift ist ein
Verlagserzeugnis i.S. von § 16 GWB
..... 76

für Text- einer Fachzeitschrift kann
Preisbindung vereinbart werden. 74

- Recht der Hauptversammlung, Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen gegen den Vorstand zu beschließen 245
- Anfechtung von Hauptversammlungsbeschlüssen 249
- Voraussetzungen für Schadensersatzpflicht des Vorstands einer - 253
- Zulässigkeit einer Anfechtungsklage gegen Beschluß über die Bestellung eines Abschlußprüfers 261
- Grenzen der Zulässigkeit der Steuerberatungstätigkeit eines Abschlußprüfers 262
- Auswirkungen der Beendigung eines Unternehmensvertrages während des Spruchstellenverfahrens auf den Abfindungsanspruch außenstehender Aktionäre 374
- Amtshaftung:**
- der Aufsichtsbehörde gegenüber dem durch einen ungetreuen Notar Geschädigten 354
 - Vertrauensschadensversicherung als anderweitige Ersatzmöglichkeit i.S. von § 839 Abs. 1 Satz 2 BGB . 354
 - Notaraufsicht begründet grundsätzlich keine Amtspflichten gegenüber Dritten 358
 - Pflicht zur Einleitung eines Amtenhebungsverfahrens gegen einen Notar dient auch dem Interesse der Rechtssuchenden 358
 - Verschulden erfordert Kenntnis oder fahrlässige Unkenntnis des Schadens nicht 362
 - keine wechselseitige Verweisung von fahrlässig handelnden Beamten auf die Haftung des anderen 367
 - keine wechselseitige Verweisung mehrerer öffentlich-rechtlicher Körperschaften auf die Haftung der anderen 368
- Analogie:**
- Voraussetzungen einer Gesetzesanalogie bei Ausnahmenvorschriften 300
- Anfechtungsklage:**
- Zulässigkeit einer - gegen Beschluß der Hauptversammlung einer Aktiengesellschaft über die Bestellung eines Abschlußprüfers 261
- Arzneimittel:**
- Voraussetzungen für die patentrechtliche Zulässigkeit von klinischen Versuchen mit -n 217
- Arzneimittelgesetz:**
- Zulässigkeit klinischer Erprobungen von Arzneimitteln an Menschen 231
- Aufrechnung:**
- in der Gesamtvollstreckung ist eine - nur zulässig, wenn die Aufrechnungslage schon bei Verfahrenseröffnung in der Person des Aufrechnenden bestand 30
 - auf eine - in der Gesamtvollstreckung ist § 55 Nr. 3 KO entsprechend anzuwenden 30
- Aufsichtsrat:**
- Pflicht des -s zur Prüfung von Schadensersatzansprüchen gegen den Vorstand 244
 - Pflicht des -s zur Verfolgung durchsetzbarer Schadensersatzansprüche gegen den Vorstand 245
 - grundsätzlich kein Ermessensspielraum des -s bei der Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen gegen pflichtwidrig handelnde Vorstandsmitglieder 254
- Aufsichtsratsbeschluß:**
- für Klage auf Feststellung der Nichtigkeit von - durch Aufsichtsratsmitglieder 244
- Aufsichtsratsmitglieder:**
- Verschwiegenheitspflicht der - dient dem Interesse des Unternehmens 58
 - Rechtsschutzinteresse von -n für Klage auf Feststellung der Nichtigkeit von Aufsichtsratsbeschlüssen 244
- Aufsichtsratsprotokolle:**
- Informationsrecht des Gesellschaf-

REGISTER

(Die Zahlen bedeuten die Seiten)

A. SACHREGISTER

A

Abfindungsanspruch:

Auswirkungen der Beendigung eines Unternehmensvertrages während des Spruchstellenverfahrens auf den - außenstehender Aktionäre 374

Abfindungsausschluß:

Zulässigkeit des -es bei Gesellschaft mit ideellen Zwecken 387

Abschlußprüfer:

Grenzen der Zulässigkeit der Steuerberatungstätigkeit eines -s 262

Abschlußprüfung:

grundsätzliche Vereinbarkeit der Beratung einer Aktiengesellschaft mit der - durch denselben Wirtschaftsprüfer 260

Unvereinbarkeit der Mitwirkung eines Wirtschaftsprüfers bei unternehmerischen Entscheidungen mit der - durch ihn 260

Abtretung:

Voraussetzungen für ein treuwidriges Berufen auf die Unkenntnis von einer - 39

Zahlungsklausel »Kasse gegen Dokumente« begründet für Schuldner keinen über § 407 BGB hinausgehenden Vertrauensschutz 39

Abtretungsanzeige:

Zugang der - beim Schuldner begründet die Vermutung seiner Kenntnis davon 43

Voraussetzungen für ein treuwidriges Berufen auf die Unkenntnis von einer - 39

Abwehranspruch:

Unterlassung der Geltendmachung eines -s nach § 1004 BGB als Mitverschulden 243

Aktiengesellschaft:

Beschränkung des Informationsrechts des Aktionärs auf sein Frage-recht in der Hauptversammlung 54
Verschwiegenheitspflicht der Aufsichtsratsmitglieder dient dem Interesse des Unternehmens 58

Rechtsbeeinträchtigung eines außenstehenden Aktionärs, wenn ihm die Möglichkeit genommen wird, eine registergerichtliche Entscheidung im Wege der Beschwerde überprüfen zu lassen 107

Verpflichtung zur Aufstellung eines Abhängigkeitsberichts entfällt nicht mit Feststellung des Jahresabschlusses 107

Körperschaft öffentlichen Rechts als beherrschendes Unternehmen im konzernrechtlichen Sinne 107

Rechtsschutzinteresse von Aufsichtsratsmitgliedern für Klage auf Feststellung der Nichtigkeit von Aufsichtsratsbeschlüssen 244

Pflicht des Aufsichtsrats zur Prüfung und Verfolgung von durchsetzbaren Schadensersatzansprüchen gegen Vorstandsmitglieder 244

weiter Handlungsspielraum des Vorstands bei der Leitung der Geschäfte der - 244

übernommene Sachen und für Renovierungsarbeiten 269
 Anwendung des § 4a - bei Zahlung an bisherigen Mieter für andere Leistungen als die Überlassung von Einrichtungen und Inventar 269
 auffälliges Mißverhältnisses nach § 4a - bei Überteuerung um mehr als 50 % 269
 Teilunwirksamkeit der Vereinbarung eines überhöhten Entgelts nach § 4a - 269

Z

Zahlungsklausel:

- "Kasse gegen Dokumente" begründet für Schuldner keinen über § 407 BGB hinausgehenden Vertrauensschutz 39

Zinsen:

Beginn und Ende der Verzinsung eines Bankguthabens und eines Debets 318

Zivildienstgesetz:

Anerkennung einer privatrechtlichen Beschäftigungsstelle des Zivildienstes begründet verwaltungsrechtliches Schuldverhältnis 341
 Verletzung der Fürsorgepflicht und der Dienstaufsicht ist positive Vertragsverletzung des verwaltungsrechtlichen Schuldverhältnisses. 341
 Rückgriffsanspruch des Bundes gegen den Träger der Beschäftigungsstelle bei einer Zivildienstbeschädigung bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit 341
 Begrenzung des Rückgriffsanspruchs auf den Verantwortungsbeitrag der Beschäftigungsstelle 341
 im Umfang des Mitverschuldens des Zivildienstleistenden besteht kein Rückgriffsanspruch des Bundes 341

Zivilkomputation:

Beginn und Ende der Verzinsung eines Bankguthabens und eines Debets 318

Vertragsauslegung:

ergänzende Auslegung eines Grundstückskaufvertrages zur Abwendung der Enteignung nach Wegfall des Verwendungszwecks unter Berücksichtigung der bei Enteignung geltenden Vorschriften 98

Voraussetzungen und Grundsätze der ergänzenden - 96

Voraussetzungen der Nachprüfung einer tatrichterlichen - von Individualvereinbarungen durch das Revisionsgericht 273

Vorrang des übereinstimmenden Verständnisses der Vertragspartner 273

ergänzende Auslegung eines Gesellschaftsvertrages 391

Vertragshändler:

Ausgleichsanspruch eines -s nach § 89b HGB kann bei langlebigen Wirtschaftsgütern auch Berücksichtigung von Erstkunden erfordern 14

Methoden zur Berechnung des relevanten Stammkundenumsatzes ... 22

Vertrauensschadenversicherung:

- der Notarkammer als anderweitige Ersatzmöglichkeit i.S. von § 839 Abs. 1 Satz 2 BGB 354

Vertreter:

Wissenszurechnung bei Bankangestellten bei der Hereinnahme entwendeter disparischer Schecks zur Einziehung 202

Wissenszurechnung im Bereich hoheitlich handelnder Aufsichtsbehörden 359

Verwaltungsakt:

Anerkennung als Beschäftigungsstelle nach dem Zivildienstgesetz erfolgt durch mitwirkungsbedürftigen Verwaltungsakt 343

Vorstand:

weiter Handlungsspielraum des -s bei der Leitung der Geschäfte der Aktiengesellschaft 244

Voraussetzungen für Schadensersatzpflicht des -s einer Aktiengesellschaft 253

W

Warenzeichengesetz s. auch Marken-gesetz

Wertstellung:

- eingehender Überweisungsaufträge erst einen Bankarbeitstag nach Eingang ist unzulässig 316

- von Vorbehaltsgutschriften aus Schecks erst drei bzw. fünf Bankarbeitstage nach der Buchung ist zulässig 316

Widerruf:

Gründe für den - eines Patents 369

Wirtschaftsprüfer:

grundsätzliche Vereinbarkeit der Beratung einer Gesellschaft mit der Abschlußprüfung durch denselben - 260

Unvereinbarkeit der Mitwirkung des -s bei unternehmerischen Entscheidungen mit der Abschlußprüfung durch ihn 260

Standesrichtlinien der - als Erkenntnisquelle 265

Wissensvertretung:

Wissenszurechnung bei Kreditinstituten bei der Hereinnahme entwendeter disparischer Schecks zur Einziehung 202

Wissensvertretung im Bereich hoheitlicher Tätigkeit von Aufsichtsbehörden 359

Wissenszurechnung:

bei Kreditinstituten bei der Hereinnahme entwendeter disparischer Schecks zur Einziehung 202

- im Bereich hoheitlicher Tätigkeit von Aufsichtsbehörden 359

Wohnungsvermittlungsgesetz:

keine Anwendung des § 4a - bei Zahlung an bisherigen Mieter für

Timesharing s. Teilzeitwohnrecht

Treu und Glauben:

- Voraussetzungen für treuwidriges Berufen auf die Unkenntnis von einer Abtretung 39
- Abwägung der Interessen bei der Anwendung des Grundsatzes von - 337

U

Überweisung:

- Wertstellung eingehender -aufträge erst einen Bankarbeitstag nach Eingang ist unzulässig 316

Unerlaubte Handlung:

- Verjährung der Haftung von DDR-Spitzeln und Denunzianten 158
- keine Unmöglichkeit der Rechtsverfolgung von Denunziationen bei Aufenthalt beider Parteien in der Bundesrepublik 158

Unternehmensvertrag:

- Auswirkungen der Beendigung eines -es während des Spruchstellenverfahrens auf den Abfindungsanspruch außenstehender Aktionäre 374

Urheberrechtsgesetz:

- Betreibervergütung bei Kopiergeräten im Bereich der gewerblichen Wirtschaft 1
- Definition der Begriffe Bildungseinrichtung, Forschungseinrichtung und öffentliche Bibliotheken i.S. des § 54 UrhG a.F. 1
- § 54 Abs. 2 Satz 2 UrhG verletzt Gleichheitsgrundsatz nicht 13

V

Vaterschaftsfeststellungsklage:

- eines in der DDR geborenen volljährigen Kindes trotz Ablaufs der Klagefrist vor dem Beitritt 209

Veräußerungsverbot:

- führt nicht zur Unwirksamkeit der Pfändung künftiger Ansprüche aus einem Kontokorrentverhältnis .. 140

Verfügungsbefugnis:

- muß nicht bei Wirksamwerden der Verfügung, sondern beim letzten Teilstück der Verfügung gegeben sein 144

Verjährung:

- Ansprüche des Eigentümers wegen Veränderungen eines untervermieteten Tankstellengrundstücks verjähren nach § 558 BGB 152
- der Haftung von Spitzeln und Denunzianten 158
- Anspruch des Verpächters auf Herausgabe einer Milchaufgabevergütung verjährt in sechs Monaten ab Rückgabe der Pachtsache 284
- Anspruch auf Herausgabe des Fehlersurrogats verjährt nach § 477 BGB 290

Verjährungsdurchbrechung:

- Voraussetzungen der - nach § 472 ZGB 158

Verjährungshemmung:

- keine - von Ansprüchen gegen DDR-Denunzianten wegen Unkenntnis des Geschädigten von der Person des Schädigers und der Art seiner Handlung 158
- keine Unmöglichkeit der Rechtsverfolgung von Denunziationen bei Aufenthalt beider Parteien in der Bundesrepublik 158

Verlagserzeugnis:

- Text-CD-Rom einer Fachzeitschrift ist ein - i.S. v. § 16 GWB 76

Vernichtungsanspruch nach § 18

- MarkenG 183

Versorgungsanstalt:

- Zusatzversorgung von Angestellten im öffentlichen Dienst nach Privatisierung der Arbeitgeberin 333
- Geschäftsgrundlage eines Beteiligungsvertrages mit der - des Bundes und der Länder 338